

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Gradauer, Podgorschek  
und weiterer Abgeordneter

betreffend Gehaltsbeschränkungen für Manager staatsnaher Betriebe und Manager, deren Banken die Unterstützung des Bundes in Anspruch nehmen

*eingebraucht in der 137. Sitzung des Nationalrates am 7. Dezember 2011 zu TOP 1, Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (1516 d.B.): Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz und das Bundesverfassungsgesetz über Ermächtigungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes geändert werden (1602 d.B.)*

Derzeit spitzt sich die Wirtschafts- und Finanzkrise immer mehr zu, der Fortbestand des Euro und damit der gesamten EU in der derzeitigen Form sind massiv gefährdet. Nach jüngsten Medienberichten droht Österreich eine Herabstufung des Triple-A-Ratings. Durch die Einrechnung bislang ausgelagerter Schulden insbesondere der ÖBB in die Staatsschulden wird die österreichische Staatsschuldenquote weiter ansteigen und ein bedrohliches Ausmaß von beinahe 90% erreichen. Maßnahmen zur Senkung des Budgetdefizits und der Staatsverschuldung sind dringend notwendig und zwar umgehend und nicht erst in einigen Jahren.

Während es in Österreich zum 3. Mal in Folge bei den Politikern eine Nulllohnrunde gibt, verdienen laut dem letzten vom Rechnungshof alle 2 Jahre veröffentlichten Bericht über die durchschnittlichen Einkommen von Vorständen und den anderen Beschäftigten in allen staatsnahen Unternehmen die Top-Manager in 23 staatsnahen Unternehmen im Jahr mehr als der Bundeskanzler, der 2008 immerhin 283.200 Euro bezog. Die Spitzenverdiener bekommen sogar mehr als das Dreifache. Und diese Einkommen steigen immer weiter.

Spitzenreiter sind laut dem Bericht des Rechnungshofes die Vorstandsmitglieder vom Verbund, die sich im Durchschnitt über 840.000 Euro Jahresgehalt freuen dürfen, also 70.000 Euro im Monat oder auch 2.300 Euro pro Tag. Die ÖIAG-Spitze erhielt rund 715.400 Euro Jahresgehalt, in der ÖBB-Holding wurden rund 502.700 Euro gezahlt. Im Bereich zwischen 400.000 und 500.000 Euro liegen die Jahressgagen für die Vorstände der Post, der AUA und verschiedener ÖBB-Tochterunternehmen. Auch die Manager der österreichischen Banken waren und sind Spitzenverdiener und dies, obwohl es ein Bankenrettungspaket gab und obwohl mehrere Banken Partizipationskapital in Anspruch genommen haben und noch immer nehmen.

Durch die Wirtschaftskrise und der von der alten und neuen SPÖ-ÖVP Koalitionsregierung auferlegten massiven Belastungen der Bürger ist es dringend geboten, auch einen umfassenden Abbau der Managerprivilegien im staatsnahen Bereich einzuleiten. Den Österreichern fehlt nämlich im zunehmenden Maße jedes Verständnis für die üppigen, sachlich nicht gerechtfertigten Begünstigungen der Manager.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Finanzen und die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie werden aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, damit die Gehälter der Manager von staatsnahen Betrieben (wie z.B. der ÖBB, ASFINAG) sowie der Manager jener Banken und Versicherungen, die die staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen, mit der Höhe des Gehaltes des Bundeskanzlers gemäß dem Bundesbezügegesetz gedeckelt werden.“

A. Pöschl  
M. ...  
G. ...  
Recht-Unterschied

7/12